

Bereits kurze Zeit nach Gründung der „Politischen Akademie Eichholz e.V.“, aus der später die Konrad-Adenauer-Stiftung hervorgegangen ist, ist die internationale Entwicklungsarbeit als ein fester Bestandteil in die gesellschaftspolitische Arbeit der Akademie integriert worden. Auf Initiative des belgischen Gewerkschaftsführers und Generalsekretärs des Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes, Auguste Vanistendael, knüpfte die Politische Akademie von Eichholz aus erste Kontakte zu christlich-demokratischen Politikern in Venezuela. Vanistendael, den Adenauer bereits 1947 kennen gelernt hatte, war der Meinung, dass nur durch die Gründung von christlichen Gewerkschaften in Lateinamerika und Afrika der wachsende Einfluss kommunistischer Gewerkschaften einzudämmen wäre. Trotz anfänglicher Skepsis berieten bereits im Herbst 1961 interessierte Bundestagsabgeordnete, Vertreter der kirchlichen Werke, Beamte aus den Ministerien und Wissenschaftler über die geplante entwicklungspolitische Arbeit in der Politischen Akademie Eichholz.

Nach einem Besuch des Vorsitzenden der christlich-demokratischen Partei Venezuelas COPEI, Rafael Caldera, im Februar 1962 sagte Konrad Adenauer als erstes Hilfsprojekt die Unterstützung des gewerkschaftlichen Bildungsinstitutes INES in Caracas zu. Am 1. Juli 1962 wurde das „Institut für Internationale Solidarität“ (IIS) gegründet, das diese erste Hilfsmaßnahme von Eichholz aus betreuen sollte. Bereits im Vorfeld waren

die haushaltstechnischen Weichen für eine derartige politische Entwicklungsarbeit gestellt worden. Nach dem Caldera-Besuch vereinbarten das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), die beiden Haushaltstitel für gesellschaftspolitische Arbeit im BMZ und den Titel „Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland“ im AA für die internationale Arbeit der Politischen Akademie Eichholz und der Friedrich-Ebert-Stiftung einzurichten. Erster Vorsitzender des Institutes für Internationale Solidarität, das 1964 in der neu gegründeten Konrad-Adenauer-Stiftung aufging, war der langjährige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Bundesminister und Präsident des Deutschen Bundestages Kai-Uwe von Hassel. Dem geschäftsführenden Vorstand gehörten die Bundestagsabgeordneten Bruno Heck, Gerhard Stoltenberg und Gerhard Fritz an.

Grenzgänger zwischen Gesellschafts- und Staatenwelt

So hat sich die junge Bundesrepublik bereits in den Anfangsjahren staatlicher Entwicklungszusammenarbeit – das BMZ als Entwicklungshilfeministerium wurde 1961 gegründet – mit den politischen Stiftungen einen Institutionentyp geschaffen, der durch sein Profil als staatlich geförderte Nichtregierungsorganisationen mit einem klaren politischen Auftrag zu einem festen Bestandteil deutscher Entwicklungspolitik geworden ist. Dieses be-

sondere Profil machte die politischen Stiftungen von Beginn an zu „Grenzgängern zwischen Gesellschafts- und Staatenwelt“ (Bartsch, Sebastian: Politische Stiftungen: Grenzgänger zwischen Gesellschafts- und Staatenwelt, in: Kaiser/Eberwein: *Deutschlands neue Außenpolitik*, Band 4, Oldenbourg 1996, Seite 185–198) und dadurch zu einem weltweit einzigartigen Instrument der Außen- und Entwicklungspolitik. Da in der täglichen Arbeit der Stiftungen das politische Element überwog, eröffneten sich für diese Spielräume, in denen die staatliche bilaterale Zusammenarbeit ohne weiteres nicht tätig werden konnte. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Infolge der Gründungsgeschichte des IIS wurde Lateinamerika rasch zum Arbeitsschwerpunkt. In den sechziger und siebziger Jahren regierten Militärs in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Behutsam wurden Kontakte zu oppositionellen Gruppen geknüpft, um sie in ihrer Arbeit zu bestärken. Bereits im Jahr 1969 förderte die Konrad-Adenauer-Stiftung Projekte und Programme in fast allen südamerikanischen Ländern. Grundprinzip der internationalen Zusammenarbeit war es dabei, nicht selbst Projekte und Bildungsprogramme durchzuführen, sondern Partner zu unterstützen, die jeweils ihre eigenen Aufgaben und Ziele auswählen und dafür die Verantwortung übernehmen. Ansprechpartner der Stiftung vor Ort waren neben Gewerkschaften und politischen Parteien auch Vertreter der Kirche und universitärer Kreise.

Ungleich schwieriger gestaltete sich die Suche nach Partnern in den Ländern Asiens und Afrikas, die nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die sechziger Jahre schrittweise ihre Unabhängigkeit von den Kolonialmächten erhielten. Die Hoffnung auf eine anschließende rasche Demokratisierung westlichen Musters erfüllte sich jedoch zunächst nicht. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Kultur-

kreise und Mentalitäten und unter dem Eindruck der zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion etablierten sich fast überall auf diesen beiden Kontinenten Einparteien-Systeme oder Militärregime. Allen Widrigkeiten zum Trotz gelang es der Stiftung dennoch, bis zu Beginn der siebziger Jahre Projekte und Programme in sechs afrikanischen und sechs asiatischen Ländern aufzunehmen. Weltweit betreuten zu diesem Zeitpunkt sechzig Auslandsmitarbeiter die Arbeit vor Ort.

Engagement in der Zeit der Umbrüche

Im Jahr 1974 übernahm Lothar Kraft die Leitung des Instituts für Internationale Solidarität. Es war die Zeit der großen Umbrüche in Südeuropa. Nahezu zeitgleich kommt zunächst die Militärjunta in Griechenland zu Fall, läutet die „Nelkenrevolution“ in Portugal das Ende der kommunistischen Einparteiendiktatur ein und lenkt König Juan Carlos Spanien nach dem Tode Francos in die Demokratie. Seit 1974 führt die KAS erste Programme auf der Iberischen Halbinsel durch und eröffnet Büros in Lissabon und Madrid. In Griechenland nimmt die Stiftung im Jahr 1978 ihre Arbeit auf. Rückblickend wird das Engagement der deutschen politischen Stiftungen in Griechenland, Spanien und Portugal von den Partnern, aber auch von unabhängigen Beobachtern als essenziell für den Übergang dieser Länder zu stabilen Demokratien bewertet.

In den Jahren 1977 bis 1982 folgen Büros in Washington sowie in den westeuropäischen Partnerländern Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und Belgien. Mit ihrer Hilfe konnte die Stiftung beachtliche Netzwerke von persönlichen Kontakten zu Entscheidungsträgern und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und wichtigen gesellschaftlichen Bereichen in ihren Gastländern

aufbauen. Im Zuge der Mittelreduktion durch die veränderte Finanzierung der Arbeit in Westeuropa, die vom BMZ ins Auswärtige Amt übergang, mussten die Büros in Lissabon, Athen, Rom und Wien zwar mittlerweile geschlossen werden, viele Kontakte sind allerdings bestehen geblieben. Die verbliebenen Auslandsbüros in Westeuropa bieten nach wie vor eine Plattform, um mit Gesprächspartnern aus den jeweiligen Partnerinstitutionen, -verbänden und -parteien zusammenzukommen. Daneben liefern die Auslandsmitarbeiter wichtige politische Hintergrundinformationen aus ihren Einsatzländern. All dies führt zu einer Intensivierung der auswärtigen Beziehungen zu den EU- und NATO-Partnern und fördert das vertrauensvolle Werben für deutsche Anliegen.

Eine Zäsur erfuhr die internationale Arbeit durch die Zeitenwende im *annus mirabilis* 1989. Ausgehend von den Demokratiebewegungen in Ungarn und Polen, fällt am 9. November die Mauer in Berlin, die nicht nur das deutsche Volk, sondern die Welt in zwei Blöcke geteilt hat. War der Blick der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bisher überwiegend nach Lateinamerika, Asien und Afrika gerichtet, galt es nun rasch auf die Vorgänge in Mittel- und Osteuropa zu reagieren und das einen Spalt weit aufstehende „Tor der Geschichte“ für die Ausweitung der Stiftungstätigkeit in die unmittelbare Nachbarschaft zu nutzen. Bereits in den achtziger Jahren hatte der damalige Stiftungsvorsitzende Bruno Heck Kontakt mit Vertretern der Solidarnosc-Bewegung in Polen aufgenommen. Unter dem seit Januar 1989 amtierenden Vorsitzenden Bernhard Vogel war es der Konrad-Adenauer-Stiftung nun möglich, am 10. November 1989 in Warschau ihr erstes Büro jenseits des sich auflösenden Eisernen Vorhangs zu eröffnen. Dies war auch ein Ausdruck der Anerkennung des polnischen Freiheitskampfes, der schließlich

zur Überwindung der kommunistischen Diktatur und damit auch der Trennung Europas und Deutschlands führte.

In Polen war die Bildungsarbeit von Anfang an vom Gedanken der Subsidiarität und der Partnerschaft geprägt, um nachhaltig das Land und seine Gesellschaft an die Demokratie und an die europäischen Strukturen heranzuführen. Der Dialog über die gesellschaftlichen Grundwerte und die Rolle der Kirche, die polnische Ostpolitik – insbesondere mit Blick auf Belarus – und die Sicherheitspolitik, gerade im Hinblick auf NATO und EU, die Gestaltung einer Sozialen Marktwirtschaft und einer effizienten Verwaltung, aber auch Fragen, die sich aus der Geschichte Deutschlands und Polens ergeben, sind weitere wichtige Themen der internationalen Arbeit vor Ort.

Unter Josef Thesing, der zwischen 1985 und dem Jahr 2000 das Institut für Internationale Zusammenarbeit führte, baut die Konrad-Adenauer-Stiftung in den neunziger Jahren konsequent ihre Arbeit in Mittel-, Ost- und Südosteuropa aus. In den folgenden Jahren wurden Außenstellen im Baltikum, in Ungarn, in der Tschechischen Republik und der Ukraine, in Russland sowie in Rumänien und Bulgarien eröffnet. Nach dem Zerfall Jugoslawiens folgen Auslandsbüros in Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien-Montenegro und Mazedonien. Durch ihr frühes und dauerhaftes Engagement in diesen Ländern haben die politischen Stiftungen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag dazu geleistet, dass diese mittlerweile Mitglieder der EU und der NATO sind, beziehungsweise sich auf dem besten Wege dorthin befinden.

Eine sensible Mission – die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel

Für Deutschland stellen die Beziehungen zu Israel ein zentrales Element seiner Außenpolitik dar. Sie dokumentieren, dass wir uns unserer Verantwortung vor

der Geschichte stellen. Als deutsche Stiftung, die den Namen des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland trägt, fühlt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in besonderer Weise dem Staat Israel verpflichtet. Nicht zuletzt begründet sich die bilaterale Annäherung auf dem unermüdlichen Streben Konrad Adenauers, einen Ausgleich mit Israel zu erreichen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert seit 1980 Entwicklungsprogramme in Israel. Im Jahr 1982 eröffnete sie ein eigenes Büro in Jerusalem. Der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit liegt seitdem auf dem Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen, die durch Dialogprogramme mit verschiedenen Zielgruppen stetig gefördert werden. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren die israelisch-palästinensischen Gemeinschaftsprojekte erheblich ausgeweitet. Die Förderung des Friedensprozesses ist seit dem Beginn der neunziger Jahre, als der Oslo-Prozess eine erste Entspannungsphase einleitete, ein wesentlicher Bestandteil des Aufgabenspektrums der KAS in Jerusalem. Es galt Vorurteile zwischen Israelis und Palästinensern abzubauen. Gemeinsam werden Curricula und Lehrinhalte überprüft und neu angepasst. Denn ohne Erziehung und Bildung zur Humanität und zur Toleranz gibt es kein Ende der Gewalt, keine Aussöhnung, keinen Frieden. Daneben wurde die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israelis und Palästinensern, aber auch der umliegenden Nachbarstaaten ein zentraler Aufgabenbereich der Stiftung. Deren Institutionalisierung in verschiedenen Arbeitsgruppen dient ebenfalls dem Abbau von Spannungen und führt zu einer Versachlichung der Diskussion.

Auf Initiative des Jerusalemer Altbürgermeisters Teddy Kollek, der Adenauer noch 1966 als einer der ersten israelischen Politiker in seinem Rathaus emp-

fang, wurde die Idee eines gemeinsamen deutsch-israelischen Bildungszentrums vom Auslandsmitarbeiter der KAS in Jerusalem, Johannes Gerster, vorangetrieben. Im Herbst 1999 legten Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl, Teddy Kollek und Ministerpräsident Erwin Teufel den Grundstein für das Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum, das knapp zwei Jahre später eröffnet wurde. Seitdem wird dieses kontinuierlich als zentrale Begegnungsstätte für Politiker, Wirtschafts-, Religions- und Medienvertreter ausgebaut.

Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte

Ausgehend von den 1971 mit dem BMZ erarbeiteten Grundsätzen, unterstützen die politischen Stiftungen „Partner in Entwicklungsländern, die [...] einen strukturwirksamen Beitrag leisten zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, zur Verbreiterung der politischen Mitwirkung und zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit ihres Landes“. Die politischen Stiftungen setzen sich dadurch mit ihren Projekten weltweit für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Durchsetzung sozialer und marktwirtschaftlicher Strukturen sowie für die Verwirklichung der Menschenrechte ein. Im Rahmen gezielter Maßnahmen zur Demokratieförderung streben sie bewusst eine Beeinflussung und Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in ihren Einsatzländern an. Diesem Vorgehen liegt die Überzeugung zugrunde, dass nur durch die Politik letzten Endes ein demokratisches Ordnungssystem geschaffen werden kann, das die nachhaltige Entwicklung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft erst zulässt.

Seit Anfang der neunziger Jahre, nochmals verstärkt durch die terroristischen Anschläge des 11. Septembers 2001, hat die Entwicklungszusammenarbeit auf

die weltpolitische Entwicklung reagiert und einen Paradigmenwechsel vollzogen. Die Analyse der Anschläge hat gezeigt, dass die Keimzellen religiösen Fundamentalismus, auf denen diese Art des internationalen Terrorismus beruht, vor allem dort ihren Nährboden finden, wo sich demokratische Ordnungssysteme und wirtschaftliche Partizipation nicht entfalten können. Es ist deutlich geworden, dass Entwicklungspolitik auch unter dem Aspekt der Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet und verstanden werden muss. So finden in den letzten Jahren auch in der staatlichen Zusammenarbeit zunehmend Maßnahmen zur „Guten Regierungsführung“ (*Good Governance*) Berücksichtigung.

Trotz des veränderten Gestaltungswillens, sich verstärkt in die innere Ordnung von Staaten einzubringen und die gesellschaftlichen Prozesse zu beeinflussen, stößt die staatliche Entwicklungszusammenarbeit jedoch an die Grenze völkerrechtlicher Verträge, die ihr eben dieses gerade untersagt. Die einzige Möglichkeit für die deutsche Entwicklungspolitik, in diesem Bereich tatsächlich wirksam anzusetzen, ist der zielgerichtete Einsatz der politischen Stiftungen, die mit ihren Projekten zur Demokratieförderung komplementär zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit agieren. Sie bedienen sich dabei dessen, was Alt-Bundespräsident Roman Herzog einmal als *soft power* bezeichnet hat, als die Macht der Argumente.

Die Stärke der politischen Stiftungen liegt darin, dass sie für den ausländischen Betrachter je nach Blickwinkel und Interessenlage als regierungsnah beziehungsweise regierungsfern genug, als parteinah oder parteifern genug erscheinen, um als Partner gesucht und geschätzt zu werden. So sind sie gleichermaßen für oppositionelle Gruppen wie für die staatlichen Verwaltungsstrukturen als Ansprechpartner denkbar. Darüber hinaus tragen sie über

ihren breit gestreuten Ansatz in der Zusammenarbeit mit Parteien, Medien, Gewerkschaften, Verbänden, Religionsgemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen verschiedenster Ausrichtung, aber auch mit Ministerien, Gerichten und Parlamenten zur Entwicklung und Festigung eines pluralistischen Systems bei.

Die Förderung von Eliten ist ein zentrales Anliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ausdruck der erfolgreichen Stipendienvergabe an begabte ausländische Studenten und Graduierte in Deutschland und in ihren Heimatländern sind zahlreiche Altstipendiaten, die heute verantwortungsvolle Aufgaben in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wahrnehmen. Mit Projektmaßnahmen zur politischen Erwachsenenbildung fördern die siebenzig Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung darüber hinaus jene politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen, Organisationen und Projekte, die eine Stärkung des demokratischen und zivilgesellschaftlichen Prozesses und somit einen positiven Einfluss auf die politischen und sozialen Rahmenbedingungen eines Landes versprechen.

Parteienförderung in der internationalen Arbeit

Eine herausragende Rolle in der internationalen Arbeit der politischen Stiftungen spielt die Förderung von politischen Parteien. Nach den weltpolitisch bedeuten den Ereignissen des Jahres 1989, das den weltweiten Zusammenbruch kommunistisch autoritärer Regime einleitete, setzte ein unvergleichlicher Siegeszug der freiheitlichen Demokratie ein. Im Zuge dessen haben Parteien in den neuen Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, aber auch in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern Afrikas und Asiens an Einfluss in der Politik gewonnen. Diese müssen sich aber ebenso der veränderten Dynamik der Gesellschaften im Zuge neuer Informations- und Kom-

munikationstechnologien anpassen. Seit rund fünfzehn Jahren unterliegen daher Parteien fast überall einem Wandlungsprozess. Zunehmend scheint sich, ausgehend von Europa, auch in den Transformationsländern die Tendenz zur professionalisierten Wählerpartei durchzusetzen. Dies hat in erster Linie Auswirkungen auf die Auswahl des politischen Führungspersonals, da im Zuge dieser Neuausrichtung Parteien mit Berufspolitikern auf dem Vormarsch sind.

Elitenbildung und Wertevermittlung

Bei der Heranbildung von politischen Führungseliten, denen eine bedeutende Aufgabe bei der Etablierung demokratischer, rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen zukommt, spielen die deutschen politischen Stiftungen mit ihrem besonderen Aufgabenprofil eine signifikante Rolle. Zahlreiche Beispiele aus den vergangenen vierzig Jahren belegen dies – in Griechenland, Spanien und Portugal in den siebziger Jahren ebenso wie in Nicaragua und Chile in den achtziger Jahren oder in Südafrika und im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum Anfang der neunziger Jahre.

Als Konrad-Adenauer-Stiftung greifen wir dabei im Dialog mit unseren Partnern in der Welt zunehmend die Diskussion über unsere christlich-humanistische Wertorientierung auf. Angesichts wachsender Spannungen zwischen den Weltkulturen nimmt dieses Thema in unserer internationalen Arbeit immer größeren Raum ein. Wenn unsere Vorstellungen von einer humanen Zukunft geteilt und verwirklicht werden und auch die Interessen der Menschen in Deutschland und in Europa Berücksichtigung finden sollen, müssen wir im Gespräch mit unseren Partnern diesbezüglich deutliche Positionen beziehen. Aufgrund der politischen Nähe der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Christlichen Demokrati-

schen Union Deutschlands verfügen wir über das entsprechende Gewicht und vor allem über die notwendige Glaubwürdigkeit, mit Parteipolitikern und -funktionären, aber auch mit Lobbygruppen und Akteuren der Zivilgesellschaft in einen intensiven Dialog in Augenhöhe über diese Themen zu treten.

Vielfach kopiert, dennoch unerreicht

Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, dass technische und finanzielle Hilfe in den meisten Fällen allein nicht ausreicht, um gemäß dem Motto „wirtschaftliche Entwicklung zuerst, Demokratie und Menschenrechte danach“ stabile demokratische Systeme zu etablieren. Fest steht, dass demokratische Systeme ungleich bessere Chancen haben, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen und einen relativen Wohlstand für eine im Verhältnis an der Gesamtbevölkerung größere Zahl an Menschen zu gewährleisten; nicht zuletzt auch deshalb, weil durch die demokratischen Institutionen eine wirkungsvolle Kontrolle auf Regierung und Verwaltung hinsichtlich von Korruption, Instabilität und Ineffizienz ausgeübt werden kann.

Mit den politischen Stiftungen verfügt die deutsche Entwicklungspolitik über ein weltweit einzigartiges, viel kopiertes, aber nie erreichtes Instrument der politischen Einflussnahme. Selbst die amerikanischen *Counterparts*, das *International Republican Institute* (IRI) und das *National Democratic Institute* (NDI) reichen bei weitem nicht an den Wirkungsradius der deutschen politischen Stiftungen heran. Eine Stärke der deutschen Stiftungen liegt sicherlich in der in einigen Ländern jahrzehntelangen Erfahrung mit hervorragenden Netzwerken in höchste gesellschaftspolitische Kreise. Aus der langfristigen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit nährt sich die hohe Glaubwürdigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

und ihrer Mitarbeiter vor Ort. Hiervon profitiert nicht zuletzt auch die bilaterale Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland.

Verständnis und Toleranz

Die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung leistet „einen Beitrag zur Gestaltung der internationalen Politik und Beziehungen aus christlicher Verantwortung“, wie es zum vierzigjährigen weltweiten Engagement der Stiftung im Jahr 2002 einmal formuliert wurde. Vor dem Hintergrund unseres christlichen Menschenbildes, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt, fordern wir zu Verständnis und Toleranz auf. Die überwältigenden Themen der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung haben sich daher in all den Jahren kaum verändert. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit sind langfristige Ansätze gefragt, um dauerhaft Veränderung herbeiführen zu können. So werden nach wie vor die weltweite Verwirklichung von Menschenrechten und die Etablierung des Rechtsstaates sowie die Implementierung eines freien und sozialen an den Prinzipien der Marktwirtschaft ausgerichteten Ordnungssystems den Rahmen der internationalen Stiftungsarbeit bilden.

„Weltinnenpolitik“

„Globalisierung“ ist der Schlüsselbegriff unserer Zeit. Neben zahlreichen erfreulichen Trends, die ungeahnte Chancen für Wirtschaftsunternehmen bieten, und dem weltweiten Siegeszug der Menschenrechte beobachten wir gleichermaßen negative Entwicklungen. Angesichts zahlreicher *failed* und *failing states*, die dem internationalen Terrorismus den Nährboden bereiten, ist der Export von Demokratie wichtiger denn je. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre internationalen Aktivitäten von Beginn an als Beitrag zu Frieden und Sicherheit welt-

weit gesehen. Das Schlagwort von der „Weltinnenpolitik“ ist also keineswegs neu, hat seit den neunziger Jahren und insbesondere seit dem 11. September 2001 aber wieder an Bedeutung gewonnen. Die Frage nach dem Umgang mit politischer Anarchie oder dem Zerfall staatlicher Strukturen ist ein ebenso wichtiger Punkt wie die Diskussion um das Völkerrecht als Instrument und Garant internationaler Stabilität. Diesen Themen wird sich die Stiftung in Zukunft auch verstärkt inhaltlich zuwenden und ihre Expertise in die außen- und entwicklungspolitischen Diskussionen in Deutschland einbringen. Seit vielen Jahrzehnten erörtert der internationale Bereich der Stiftung diese Themen mit international renommierten Think Tanks. Diese weltweite Kooperation wird auch in Zukunft ein wichtiger Baustein unserer Arbeit sein.

Transatlantischer Dialog

Daneben gehört die Wiederbelebung der transatlantischen Partnerschaft zu den kurzfristigen Zielsetzungen. Hier ist in den vergangenen Jahren seitens der rot-grünen Bundesregierung viel Porzellan zerschlagen worden. Nicht nur von der CDU, sondern auch von der Konrad-Adenauer-Stiftung wird von unseren amerikanischen Partnern eine aktive Rolle bei der Erneuerung der deutsch-amerikanischen Beziehungen erwartet. Die USA waren über vierzig Jahre Garant für Frieden und Freiheit in Europa. In schwierigen Zeiten, in denen Terrorismus, Krieg und Naturkatastrophen die amerikanische Nation verunsichern, gehört unsere ganze Solidarität dem amerikanischen Volk. Genau dies ist Ausdruck unserer in Jahrzehnten gewachsenen Partnerschaft, die die Stiftung seit fast dreißig Jahren mit Dialogmaßnahmen begleitet. Neben den Dialogforen in Washington, Brüssel und Berlin werden wir in Zukunft verstärkt über unsere Partnerstrukturen in Mittel-

und Osteuropa neue Plattformen für den transatlantischen Dialog anbieten und mitgestalten.

Europäische Perspektiven

Für eine Stiftung, die den Namen Konrad Adenauers trägt, sind die Prinzipien und Perspektiven der europäischen Politik selbstverständlich ein wichtiger Bestandteil ihrer politischen Arbeit. Über unser Europa-Büro in Brüssel gehen wir daher der drängenden Frage nach dem weiteren Vorgehen hinsichtlich des Ratifizierungsprozesses der EU-Verfassung nach. Vor dem Hintergrund einer sich nun abzeichnenden Verlangsamung des Erweiterungsprozesses wird darüber hinaus der bereits praktizierte Dialog mit den Ländern des Westbalkans intensiviert. Eng verknüpft mit dem Schicksal des Verfassungsvertrages ist ebenso die wirtschaftliche Reformfähigkeit in der Union. Hier drängen gerade auch unsere Partner in den neuen Mitgliedsländern der EU in Mittel- und Osteuropa auf pragmatische Lösungen. Der Stiftung kommt in dieser laufenden Diskussion eine wichtige Mediatorenrolle zu.

Strategische Partnerschaften in Asien

Daneben werden wir uns der asiatischen Herausforderung stellen müssen. Die Bedeutung einzelner Länder Asiens für die Entwicklung in der Welt hat enorm zugenommen. Insbesondere China und Indien werden zusammen mit Japan, Korea und dem ASEAN-Staatenverbund dominierenden Einfluss in Weltwirtschaft und Welthandel erlangen. Wenn wir unsere Anliegen – von der Achtung der Men-

schenrechte bis zu sicherheitspolitischen Fragen – in den Dialog mit den Ländern Asiens einbringen wollen, muss es das langfristige Ziel der Arbeit der KAS in der Region sein, strategische Partnerschaften aufzubauen, um im Sinne unserer Grundüberzeugungen Einfluss auf die Gesamtentwicklung in Asien zu behalten.

Gesamtstrategie anstreben

Vor diesem Hintergrund wird eine der strukturellen Anforderungen der kommenden Jahre sein, die jahrzehntelangen Erfahrungen in der internationalen Arbeit zu einer deutlich erkennbaren Gesamtstrategie zusammenzufügen. Diese wird in Zukunft auf dem schwieriger werdenden „Markt“ der Entwicklungszusammenarbeit das Profil der Konrad-Adenauer-Stiftung schärfen und für Geberinstitutionen deutlicher erkennbar machen. Erste Schritte sind bereits in den Jahren 2004/05 unternommen worden durch die Konzeption von Regionalprogrammen beispielsweise im Bereich „Medien und Demokratie“. Zweifels- ohne ist darüber hinaus die Rechtsstaatsberatung mittlerweile zu einem unverkennbaren Markenzeichen der Stiftung geworden. Ebenso sind wir in vielen Ländern langjähriger Partner bei der Umsetzung von Dezentralisierungsvorhaben und der Stärkung kommunaler Strukturen. Die inhaltliche Konzentration unserer internationalen Arbeit der vergangenen zwei Jahre nimmt somit weiter Gestalt an, um zielgerichtet auf die Herausforderungen zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts reagieren zu können.

Aufs engste verknüpft

„Über den Geschäften des Alltags dürfen wir nie aus dem Auge verlieren, welche Gefahren uns drohen und das die Schicksale der Völker aufs engste miteinander verknüpft sind.“

Konrad Adenauer im Deutschen Bundestag am 29. April 1954.